

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am Donnerstag, den 02.02.2017, um 17:00 Uhr ein.
Die Sitzung findet in der Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 12.01.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Chancen der Elektromobilität für Stralsund sichern
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0051/2016
- 4.2 Sachstand Lokschuppen
- 4.3 Tankstelle Rostocker Chaussee
- 5 Verschiedenes

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen –keine-
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Ich bitte um Ihre Teilnahme.

Im Verhinderungsfall bitte ich um die Teilnahme der gewählten Vertreter bzw. um eine Information an die Geschäftsführung des Ausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

gez. i. A. Gaby Ely
Hendrik Lastovka
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung

Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 12.01.2017
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:50 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hendrik Lastovka

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack

Herr Thomas Lewing

Mitglieder

Herr Prof. Dr. Rupert Eilsberger

Herr Jan Gottschling

bis 17:50 Uhr

Herr André Meißner

Herr Stefan Nachtwey

Herr Jürgen Suhr

Herr Peter van Slooten

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Herr Stephan Latzko

Herr Wolfgang Sund

Frau Kristina Wilcke

Herr Hermann Foth

Gäste

Frau Heike Jeziorski

Herr Peter Mühle

Herr Alexander Müller

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 08.12.2016
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Klimaschutz-Teilkonzept "Klimafreundliche Mobilität - Stralsund steigt um"
Vorlage: B 0071/2016
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Vorstellung Umsetzung Maßnahmen Radverkehr aus dem Klimaschutz-Teilkonzept
- 4.2** zur Erweiterung der Fußgängerzone der Hansestadt
Einreicher: SPD-Fraktion, Peter van Slooten
Vorlage: AN 0094/2016
- 4.3** Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0066/2016
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 08.12.2016

Herr Suhr merkt an, dass von seiner Seite in der Sitzung vom 08.12.2016 darum gebeten wurde, das Thema Lokschuppen für die Sitzung am 12.01.2017 auf die Tagesordnung zu setzen. Zudem sollte die Tankstelle in der Rostocker Chaussee thematisiert werden.

Herr Lastovka verweist auf die Abwesenheit von Herrn Wohlgemuth. Man kommt überein, die Themen Lokschuppen und Tankstelle für die nächste Sitzung im Februar 2017 auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 08.12.2016 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Klimaschutz-Teilkonzept "Klimafreundliche Mobilität -Stralsund steigt um" Vorlage: B 0071/2016

Herr Bogusch erläutert in kurzer allgemeiner Abhandlung das Klimaschutz-Teilkonzept und verdeutlicht die besondere Relevanz des Radwegenetzes in diesem Zusammenhang. Es wird die große Öffentlichkeitsbeteiligung im Zuge der Konzeptentwicklung betont. Herr Bogusch verweist zudem auf die Zweckdienlichkeit eines erarbeiteten Konzeptes mit Blick auf die bestehenden Fördervoraussetzungen.

Herr Suhr bedankt sich für die Ausarbeitungen der Verwaltung und erkundigt sich nach der Möglichkeit die Abstimmung über die Beschlussvorlage zu vertagen, um innerhalb der Fraktionen über die Maßnahmen im Detail betreten zu können. In diesem Sinne wird die Vertagung bis zur nächsten Sitzung am 02.02.2017 beantragt.

Herr Suhr weist darauf hin, dass innerhalb des Konzeptes zum Klimaschutz bis auf neue Stellplätze keinerlei Vorschläge zur Verbesserung der Fahrradsituation innerhalb der Altstadt enthalten sind und erkundigt sich nach den Gründen hierfür. Weiterhin hinterfragt Herr Suhr die methodische CO²-Bilanzierung und eventuelle Alternativen innerhalb der Hansestadt Stralsund, auf dessen Grundlage das Klimaschutz-Teilkonzept ausgearbeitet wurde.

Herr Bogusch benennt den Interessenkonflikt mit dem Denkmalschutz als eine elementare Hürde baulicher Umstrukturierungen in der Altstadt, erläutert jedoch im selben Zuge die bereits erfolgten und geplanten Verbesserungen am Beispiel der Mauerstraße mit einer Granitplattenlage. Bezugnehmend auf eine grundsätzlich neue Konzipierung der Fahrradwege im Bereich der Altstadt verweist Herr Bogusch darauf, dass im Falle einer großflächigen Sanierung der Altstadtstraßen entsprechende Pläne in Angriff genommen werden könnten. Auf ein entsprechendes Konzept der Stadtverwaltung wird verwiesen.

Bezüglich der CO²-Bilanzierung räumt Herr Bogusch ein, dass die Hansestadt Stralsund in Sachen Datenerhebung im Vergleich zu anderen Städten schwach aufgestellt sei. Eine Untersuchung wäre preislich mit einem Umfang von 30.000 bis 40.000 Euro zu veranschlagen. Die bisherigen CO²-Bilanzierungen wurden von Seiten der Stadt in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule durchgeführt.

Herr Lastovka bekräftigt den Antrag von Herrn Suhr, das Thema in die Fraktionen zur Beratung zu verweisen.

Herr Bogusch unterstreicht, dass es sich bei dem vorliegenden Teilkonzept um ein grobes Gerüst handelt und nicht um die konkrete Umsetzung der Maßnahmen.

Herr Lastovka bittet darum, dass die Vorlage erneut an die Fraktionen verschickt wird, um über das Klimaschutz-Teilkonzept erneut zu beraten.

Herr Bogusch mahnt an, dass eine rasche Einigung auf Grund der drängenden Zeit mit Blick auf die Fördermöglichkeiten der geplanten Maßnahmen geboten ist.

Herr Lastovka schlägt auf Grund der gebotenen Dringlichkeit vor, eine außerordentliche Sitzung abzuhalten.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Herr Lastovka stellt den Verweisungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Vorstellung Umsetzung Maßnahmen Radverkehr aus dem Klimaschutz-Teilkonzept

Auf der Grundlage von technischen Bauzeichnungen präsentiert Herr Bogusch das von der Verwaltung erarbeitete Konzept zur Umsetzung von Maßnahmen des Radverkehrs im Sinne des Klimaschutz-Teilkonzeptes. Besprochen werden Ausarbeitungen, welche die Feldstraße, die Karl-Marx-Straße und den Knieperwall betreffen. Wesentlicher Bestandteil des vorgestellten Konzeptes sind Schutzstreifen auf der Fahrbahn, die über Auf- und Ableitungen der bestehenden Radwege einen durchgängigen Radweg bilden sollen und auch in Ergänzung zu bereits bestehenden Wegen parallel eine bessere Führung des Radverkehrs ermöglichen sollen.

Herr Lastovka erkundigt sich über die Anzahl von parallel geführten Radwegen.

Herr Bogusch gibt an, dass es sich um eine Parallelführung bis zur Werftkreuzung handele, die Bezeichnung Parallelführung jedoch irreführend sei, da aktuell schon jetzt ein Nutzungsrecht des Radweges wie auch der Straße gegeben sei. Es handele sich um ein zusätzliches Angebot, auch aufgrund des baulichen Zustandes der Radwege vor Ort.

Herr Suhr bemängelt die Führung der Radfahrer über eine Vielzahl an Leitsystemen, wodurch sich der Radfahrer ständig neuorientieren müsse. Daher befürwortet Herr Suhr ein einheitlich zu gestaltendes System ohne eine Vielzahl an unterschiedlichen Leitsystemen, die miteinander verknüpft werden.

Herr Bogusch räumt ein, dass die Situation zu Unsicherheit führen kann. Das Problem sei jedoch die baulich intensive Umstrukturierung für ein einheitliches System. Herr Bogusch betont die Einfachheit der vorgestellten Maßnahme sowie die Durchgängigkeit des Weges für die Radfahrer trotz unterschiedlicher Systeme.

Herr van Slooten hält fest, dass das vorgeschlagene Konzept zur Verbesserung des Zustandes beitragen soll und der Vorschlag von Herrn Suhr den kompletten Neubau der Straße zur Folge hätte. Herr van Slooten versteht das Konzept als kurzfristige Abhilfe und hält es grundsätzlich für eine gute Idee, auch wenn die Parksituation problematisch sei. Herr van Slooten erkundigt sich zusätzlich nach der Möglichkeit einer farblichen Markierung oder abgrenzenden Erhebungen zwischen Straße und Schutzstreifen.

Eine farbliche Markierung oder auch eine abgrenzende Erhebung ist nach Aussage von Herrn Bogusch für Schutzstreifen unzulässig, es sollen jedoch Fahrradpiktogramme in regelmäßigen Abständen aufgetragen werden.

Herr Haack gibt zu bedenken, dass das vorgestellte Konzept keiner einheitlichen Linie entspricht, die aktuelle Regelung sei jedoch einheitlich – Nutzung des Bürgersteiges. Das wechselhafte Fahren auf Bürgersteigen mit angeschlossenem Radweg und auf entsprechenden Schutzstreifen schaffe Uneinheitlichkeit und Unsicherheit. Herr Haack verdeutlicht das Problem am Beispiel Carl-Heydemann-Ring auf Grund des fehlenden Platzes und erkundigt sich danach, wann die Karl-Marx-Straße in diesem Sinne saniert werden soll.

Herr Bogusch gibt zu verstehen, dass auch er an dieser Stelle die Frage nach einer Sanierung der Karl-Marx-Straße nicht beantworten kann. Kurz- bis mittelfristig könne von keiner Sanierung ausgegangen werden, zumal die REWA in den vergangenen Jahren bereits intensive Kanalsanierungen vorgenommen habe.

Herr Meißner hält es in vielen Bereichen der Karl-Marx-Straße für gewagt von Radwegen zu sprechen, da wenig Platz vorhanden sei. Aus diesem Grund befürwortet Herr Meißner auch das Radfahren auf der Straße, spricht sich jedoch gleichermaßen für ein möglichst einheitli-

ches Konzept aus. Gleichmaßen mahnt Herr Meißner mit Blick auf die Fahrradnutzung die unverständlichen Nutzungsvorschriften der Einbahnstraßen in der Altstadt an.

Für die angedachten Schutzstreifen auf der Fahrbahn wird diskutiert, ob eine Führung bis zum Kreisverkehr oder auch im Kreisverkehr für die Wegeführung in der Feldstraße im Sinne eines einheitlichen Leitsystems sinnvoll sei. Es wird von Herrn Bogusch festgehalten, dass eine Radführung bis an den Kreisverkehr im Sinne einer einheitlichen und durchgängigen Regelung sinnvoll wäre.

Herr Meißner regt eine Verbesserung bezüglich des Anschlusses zu den Tribseer Wiesen an.

Herr Bogusch kommt auf die Situation in der Wasserstraße zu sprechen und begründet die Aufhebung der Freigabe für Radfahrer mit dem verkehrstechnischen Konfliktpotential auf Grund der Enge innerhalb dieses Fahrbereiches. Selbes gelte für die Langen- und die Frankenstraße.

Herr Mühle regt an, dass der Zustand der Straße beachtet werden muss, wenn man den Radfahrer über einen Schutzstreifen fahren lässt. Insbesondere eine Wasserstauung auf der Straße könne zu entsprechenden Problemen in der Fahrradnutzung führen.

Herr Bogusch kommt auf die Schutzstreifen im Bereich des Knieperwall zu sprechen und berichtet über das neue Vorhaben, auf Grund der Enge des Radweges am Knieperwall, auf der Seite der Stadtmauer einen einseitigen Schutzstreifen anzubieten.

Herr Suhr gibt zu bedenken, dass ein einseitig geführter Schutzstreifen zu Verwirrung bei den Radfahrern führen könnte.

Herr van Slooten hält den einseitigen Schutzstreifen für geboten, da der Fußgänger-/Radweg entlang der Stadtmauer viele uneinsichtige Stellen birgt.

Herr Bogusch betont zusammenfassend, dass es darum gehe, mit vergleichsweise geringem Aufwand die jetzige Situation für den Radverkehr bestmöglich zu verbessern.

17:50 Uhr Herr Gottschling verlässt die Sitzung.

Herr Lastovka erkennt das große Interesse an der Diskussion und verweist auf die außerordentliche Sondersitzung, in der es erneut und ausführlicher die Möglichkeit zur Diskussion geben soll. Die von der Verwaltung erarbeiteten Maßnahmen sollen zudem nochmals in den Fraktionen erörtert werden.

**zu 4.2 zur Erweiterung der Fußgängerzone der Hansestadt
Einreicher: SPD-Fraktion, Peter van Slooten
Vorlage: AN 0094/2016**

Herr van Slooten gibt zu Beginn des Tagesordnungspunktes bekannt, dass es sich in der Mühlenstraße um Giebelhäuser und nicht, wie mehrfach falsch benannt, um Fachwerkhäuser handele.

Herr Bogusch präsentiert eine Satellitenaufnahme der Mühlenstraße mit schraffierten Flächen über den einzelnen Häusern, die die unterschiedlichen Nutzungsarten der einzelnen Häuser wiedergeben und erklärt detailliert die Parksituation vor Ort mit den einzeln ausgewiesenen Parkflächen. Mit Blick auf die Einrichtung einer Fußgängerzone wird den gastronomischen und gewerblichen Einrichtungen in der Mühlenstraße eine besondere Bedeutung beigemessen. Die in diesem Zusammenhang bisher beantragten Sondernutzungen sind stark begrenzt. Des Weiteren, erklärt Herr Bogusch, berge die Versetzung des Verkehrspolers mit einem Kostenpunkt bis zu 10.000 Euro eine intensive bauliche Maßnahme. Eine Umsetzung sei denkbar, jedoch stehe die Frage im Raum wie sinnvoll dies sei. Zudem sei zwingend das Straßen- und Verkehrsrecht zu beachten – Ausweisung und Entwidmung müssten mit einer Verfahrensdauer von einem halben Jahr berücksichtigt werden.

Herr van Slooten bedankt sich für die akkurate Aufarbeitung der präsentierten Fakten sowie die angestellten Überlegungen von Seiten der Verwaltung und schließt sich der Einschätzung an, dass es sich durchaus um ein sehr aufwendiges Verfahren handele, zumal alle Geschäfte die sich bis heute unter den gegebenen Voraussetzungen in der Mühlenstraße angesiedelt haben, auch davon ausgehen dürften, dass die bestehenden Anbindungsmöglichkeiten nicht in Frage gestellt werden. Mit der Erweiterung der Fußgängerzone wären dennoch weitere Nutzungspotentiale zu erschließen, so Herr van Slooten. Es sei anzunehmen, dass die Häuser auf Grund der Fußgängerzone unter einem ganz anderen Gesichtspunkt betrachtet würden. Die Vergrößerung gastronomischer Einrichtungen oder auch Interessenten die zuvor keinen Investitionsbedarf an dieser Stelle erkannten, wären denkbar.

Herr Suhr erkundigt sich, ob es nicht denkbar sei, die Mühlenstraße über eine Beschilderung einzig für die Anfahrt zum Ärztehaus sowie den Taxenverkehr freizugeben und für den restlichen Verkehr zu sperren.

Herr Bogusch sieht in einer solchen Herangehensweise zum einen das Problem der nachhaltigen Kontrolle, aber auch verkehrsrechtliche Probleme. Eine Beschilderung „Anlieger frei“ sei denkbar, hätte aber den Nachteil, dass ein jeder, der auch nur jemanden besucht, bereits als Anlieger gilt. Weiterhin denkbar wäre die Mühlenstraße als ein verkehrsberuhigter Bereich – Herr Bogusch verweist exemplarisch auf den bereits eingerichteten Abschnitt in der Mönchstraße. Es stelle sich jedoch hier wiederum ein Problem mit dem ruhenden Verkehr, allen voran mit den nichtauszuweisenden Ladezonen für Gewerbetreibende.

Herr Lewing merkt an, dass für ihn das Verhältnis von Nutzen und Aufwand nicht gegeben ist und das die jetzige Verkehrssituation in der Mühlenstraße bereits einer verkehrsberuhigten Zone ohne Beschilderung gleichkomme.

Herr Meißner unterstreicht die Notwendigkeit der Erreichbarkeit des Ärztehauses mit dem PKW und schlägt ein Halteverbot vor, welches sich nicht auf den Bereich vor dem Ärztehaus erstrecken soll.

Herr Haack regt an, dass bestehende eingeschränkte Halteverbot auf der nördlichen Seite des Hauptamtes der Hansestadt Stralsund in ein grundsätzliches Halteverbot auszuweiten. Zu viele Transporter von Handwerkerfirmen und ganze Wohnmobile würden den Blick auf die historischen Giebelhäuser verstellen.

Herr Bogusch erklärt, dass er die gedanklichen Anstöße mitnehmen werde.

Herr Lastovka verweist auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Begehung und gibt bekannt, dass zu diesem Thema im Mai 2017 weiter beraten werden soll.

zu 4.3 Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0066/2016

Zum Thema Hundeplatz in der Hansestadt Stralsund erkundigt sich Herr Lastovka nach dem nunmehr bestehenden Interesse einer bereits beschlossenen Begehung, dies stößt auf allgemeines Interesse.

Herr Bogusch berichtet über eine Rücksprache mit der Stadt Düsseldorf, welche auf diesem Gebiet bereits Erfahrungen sammeln konnte. Die Flächennutzung der Stadt Düsseldorf sei zudem mit der in Stralsund geplanten vergleichbar. Die Schaffung eines Hundeplatzes ermögliche eine stärkere Kontrolle des Leinenzwangs innerhalb der Stadt. In der Kostenkalkulation sei damit zu rechnen, dass allen voran das Rasenmähen und ein Reinigungsdurchlauf zur Beseitigung des Hundekots im Bedarfsfall mit jeweils 500 Euro zu veranschlagen wären; zusätzlich für aufzustellende Tütenspender 115 Euro und für die Tüten selbst etwa 200 Euro. Herr Bogusch weist außerdem darauf hin, dass von Seiten der Stadt keinerlei Verkehrspflicht bezüglich der laufenden Hunde bestehe; die Anlage selbst muss verkehrssicher sein, die Halterhaftung bleibt bestehen.

Herr van Slooten hält den Besuch durch Hundebesitzer, die nicht in der Nähe des Areals wohnen, für unrealistisch und hinterfragt in diesem Sinne das Verhältnis von Aufwand und Nutzen, zumal ein gewisses Konfliktpotential mit den Anwohnern um den Hundeplatz vorgeplant sei. Er stehe den Plänen kritisch gegenüber.

Herr Haack schließt sich der Argumentation von Herrn van Slooten an und gibt zusätzlich die Parksituation zu bedenken.

Herr Lastovka stellt den Antrag, dass der Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sich für den Bau eines Hundeplatzes in Stralsund ausspricht.

Abstimmung: 0 Zustimmungen 6 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

Der Präsident wird über das Abstimmungsergebnis informiert.

zu 5 Verschiedenes

Herr Bogusch berichtet mit Blick auf die nächste Bürgerschaftssitzung über die Dringlichkeit einer Entscheidung bezüglich der Errichtung einer Kreuzung mit Lichtsignalanlage und Bypass (Standort Carl-Heydemann-Ring/Tribseer Damm). An dieser Stelle sei die Umsetzung eines Kreisverkehrs nicht möglich, weshalb eine Lichtsignalanlage erforderlich sei. Herr Bogusch betont, dass Kreuzungen mit Bypass für das innerstädtische Gebiet ungewöhnlich seien; auf die Richtlinie zur Anlage von Stadtstraßen wird verwiesen. Der Bypass gilt als besonders unfallträchtig, insbesondere auf Grund der Querung von Fußgängern und Radfahrern ohne Signalanlage.

Herr Lastovka unterbricht Herrn Bogusch und weist darauf hin, dass es sich hierbei um einen Antrag handelt, der von der Bürgerschaft noch nicht behandelt wurde.

Berr Bogusch verweist auf die gebotene Dringlichkeit und schlägt abschließend ein mögliches Alternativkonzept vor, indem Rechtsabbieger als separate Spur geführt werden sollen, um ihm so mehr Freigabezeiten einzuräumen.

Herr Suhr verweist auf das angesprochene Zeitproblem und erkundigt sich nach den zu erwartenden Konsequenzen.

Herr Bogusch berichtet von einem hiermit verbundenen Förderrisiko der Baumaßnahmen sowie der nicht einzuhaltenden Terminkette einer geplanten Fertigstellung für das Jahr 2019.

Herr Lastovka schlägt vor, sich aus diesem Grund nochmals vor dem 19.01. zu treffen.

Herr van Slooten ist der Meinung, man sollte das Thema in der Bürgerschaft belassen.

Der Ausschuss einigt sich darauf, die Beratung des Themas in der Bürgerschaft abzuwarten.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil bekannt.

gez. Hendrik Lastovka
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung

Titel: Chancen der Elektromobilität für Stralsund sichern
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 24.05.2016
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den kommunalen Unternehmensbeteiligungen nach dem Vorbild der Hansestadt Rostock einen Aktionsplan zur Förderung der Elektromobilität zu erstellen. Darin sollen von der Stadtverwaltung und den kommunalen Unternehmen konkrete Vorschläge unterbreitet werden, welche Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig zur Förderung der Elektromobilität umgesetzt werden können.

Unter anderem sollen dazu folgende Maßnahmen geprüft werden:

- Verbesserung der Infrastruktur für Elektromobilität (z. B. Verkehrs- und Stadtplanung für Elektrofahrzeuge zur Errichtung eines Stromstellennetzes, insbesondere Errichtung von Stromstellen in Parkhäusern, standardmäßige Ausrüstung von existierenden und zukünftigen Fahrradständern mit Stromanschlüssen etc.)
- Verbindung von Elektromobilität und ÖPNV
- Einbindung von Elektromobilität in das Fuhrparkmanagement der Hansestadt und ihrer kommunalen Unternehmen
- Zusammenarbeit mit benachbarten touristischen Standorten zur Installation von gemeindeübergreifender Vernetzung von Angeboten zur elektromobilen Fortbewegung im Tourismusbereich und
- Beitritt der Hansestadt zum "Netzwerk Elektromobilität Mecklenburg- Vorpommern". Dabei sind von Anfang an bestehende Fördermöglichkeiten zu ermitteln und auszuschöpfen.

Begründung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock hat bereits am 9. März 2011 der Stadtverwaltung einen entsprechenden Auftrag erteilt. Das Ergebnis ist eine am 25. März 2015 durch die Bürgerschaft beschlossene Elektromobilitätsstrategie für die Hansestadt Rostock.

Die Einführung der Elektromobilität in städtische Mobilitätskonzepte bietet vielfältige Ansatzpunkte, verkehrsbedingte Probleme in Städten hinsichtlich Abgas- und Lärmemissionen zu reduzieren und somit die Lebensqualität nachhaltig zu verbessern. Darüber hinaus bietet Elektromobilität die Chance, klima- und energiepolitische Ziele auf allen Ebenen von der Europäischen Kommission bis hin zur Kommunalpolitik zu realisieren.

Mit dem Ausbau von Ladeinfrastruktur und der Umstellung auf elektromobile Fuhrparks haben Kommunen Einflussmöglichkeiten, Elektromobilität Wirklichkeit werden zu lassen. Elektromobilität ist und bleibt jedoch nur ein Element in zukünftigen Verkehrs- und Mobilitätskonzepten für Städte und Regionen. Sie bietet insbesondere für die Strategien Verkehrsverlagerung und -optimierung Lösungsmöglichkeiten, Mobilität im urbanen Raum zukünftig attraktiver zu gestalten und gleichzeitig Emissionsminderungen zu erzielen. Dies kann zum Beispiel durch e-Carsharing Angebote oder einen elektrisch betriebenen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) geschehen.

Darüber hinaus hat die Elektromobilität im touristischen Bereich ein hohes Potenzial. Im Jahr 2013 hat eine Studie der Hochschule Pforzheim in Zusammenarbeit mit der EIGHT GmbH und Co. KG ergeben, dass die Unternehmen der Tourismus- und Gastronomiebranche in Deutschland zu den größten Interessenten an Produkten und Lösungen aus dem Bereich der Elektromobilität gehören. Demnach kann sich über die Hälfte der befragten Gastronomen und Hoteliers vorstellen, in den kommenden Jahren eine Solarladestation für Elektrofahrzeuge zu kaufen.

TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.11

Mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund

Einreicher: Maximilian Schwarz, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0057/2016

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Stralsund ein mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund erstellt werden kann.

Beschluss-Nr.: 2016-VI-04-0403

Datum: 09.06.2016

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 09.06.2016

**Zu TOP : 9.3
Chancen der Elektromobilität für Stralsund sichern
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0051/2016**

Frau Frau Fechner begründet den Antrag ausführlich.

Herr Lastovka beantragt im Namen der CDU/FDP-Fraktion die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung zu verweisen.

Herr Laack lehnt eine weitere Beratung im Ausschuss ab, da die Stadt sich mit viel bedeutenderen Problemen auseinandersetzen muss.

Herr Dr. von Bosse kann im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einer Verweisung der Beratung in den Ausschuss zustimmen.

Herr Schulz stellt den Antrag auf Verweisung der Beratung in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung zu verweisen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den kommunalen Unternehmensbeteiligungen nach dem Vorbild der Hansestadt Rostock einen Aktionsplan zur Förderung der Elektromobilität zu erstellen. Darin sollen von der Stadtverwaltung und den kommunalen Unternehmen konkrete Vorschläge unterbreitet werden, welche Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig zur Förderung der Elektromobilität umgesetzt werden können.

Unter anderem sollen dazu folgende Maßnahmen geprüft werden:

- Verbesserung der Infrastruktur für Elektromobilität (z. B. Verkehrs- und Stadtplanung für Elektrofahrzeuge zur Errichtung eines Stromstellennetzes, insbesondere Errichtung von Stromstellen in Parkhäusern, standardmäßige Ausrüstung von existierenden und zukünftigen Fahrradständern mit Stromanschlüssen etc.)
- Verbindung von Elektromobilität und ÖPNV
- Einbindung von Elektromobilität in das Fuhrparkmanagement der Hansestadt und ihrer kommunalen Unternehmen
- Zusammenarbeit mit benachbarten touristischen Standorten zur Installation von gemeindeübergreifender Vernetzung von Angeboten zur elektromobilen Fortbewegung im Tourismusbereich und
-

- Beitritt der Hansestadt zum "Netzwerk Elektromobilität Mecklenburg- Vorpommern". Dabei sind von Anfang an bestehende Fördermöglichkeiten zu ermitteln und auszuschöpfen.

Mehrheitlich zugestimmt:

Beschluss-Nr.: 2016-VI-04-0397

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 21.06.2016

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 09. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am 20.10.2016

Zu TOP : 4.4

Chancen der Elektromobilität für Stralsund sichern

Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlage: AN 0051/2016

Herr Bogusch teilt mit, dass sich die Stadt mit dem Thema bereits auseinandergesetzt hat. Die Stadt verfügt über Elektrofahrzeuge. Die Stadtwerke haben auf dem Burger King Parkplatz eine Elektrotankstelle eingerichtet. Wenn möglich, wurde bei den einzelnen Maßnahmen auf Fördermittel zurückgegriffen. Herr Suhr weist darauf hin, dass in anderen Städten, dass Thema anhand eines Konzeptes verfolgt wird, als Beispiel zeigt er den Aktionsplan der Hansestadt Rostock. Auch aus finanziellen Gründen bzw. aufgrund von Fördermöglichkeiten hält er eine konzeptionelle Auseinandersetzung mit dem Thema ebenfalls für sinnvoll.

Herr Lastovka lässt darüber abstimmen, ob der Antrag im Ausschuss weiter verfolgt werden soll.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 4 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Damit wird der Antrag weiter beraten.

Herr Bogusch wird sich mit den Kollegen aus Rostock in Verbindung setzen und sich nach Fördermöglichkeiten für die Erarbeitung eines Konzeptes erkundigen.

Herr Suhr weist auf eine Fördermöglichkeit des Energieministeriums M-V aus dem letzten Jahr hin.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass Thema im Februar erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Bis dahin soll geklärt werden, ob Fördermittel für das Projekt gewonnen werden können.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Gaby Ely

Stralsund, 02.01.2017